

Der Mahnruf

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Mahnruf“ erscheint wöchentlich. Redaktion und Verwaltung: Graz, Elisabethergasse Nr. 20. Sprechstunden: täglich von 17 bis 19 Uhr. — Wiener Redaktion: Wien, XVIII., Wincenzgasse Nr. 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 5—10 Uhr abends Caféhaus Rinnrichter, IX., Bajarethgasse 12. — Eingeladene Artikel müssen mit Name und Adresse gefertigt sein.

Graz Wien
Jänner 1929
Nr. 5 3. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Beigabe einer jeden Nummer mit 12 Groschen berechnet, im Straßensverkauf mit 15 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Beigabe einer Nummer beträgt S 1.40. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland Mk. 90. Die Bezugspreise sind im vorhinigen zu entnehmen. — Beihilfskonto Nr. 69371.

Heraus zur Massendemonstration der Arbeitslosen am Samstag, 2. Februar um 4 Uhr nachmittags am Freiheitsplatz. Arbeitslose! — Altersrentner! — Ausgesteuerte!

Die Arbeitslosigkeit steigt! Täglich fliegen 1600 Arbeiter in Österreich auf's Pflaster. Es steigt das Elend der Arbeitslosen, es wächst die **Teuerung der Lebensmittel**, gefördert durch die Wucherpolitik der Schweinezoll-Regierung. — Die Wuttes gehen frei herum, die den Staat um Milliarden betrogen. Aber für die **Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung** hat der Staat kein Geld. — Den Häuserspekulanten sollen 280 Millionen Schilling geschenkt werden, aber den Ärmsten der Armen, den **Ausgesteuerten**, weigert sich der Staat die Unterstützung während der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit zu geben. — Tausende und Abertausende Pensionisten mit hohen Pensionen nehmen Arbeitslosen das Brot weg! Aber der Staat, der die **Altersrentner** mit 50 Schilling verhungern läßt, der sich weigert, den kleinen Pensionisten eine ausreichende Pension zu geben, züchtet das Doppelverdiener-Unwesen in unerhörter Weise. — Für die Forderungen der Arbeitslosen, Altersrentner, Ausgesteuerten, sind sie alle taub: die Herren von der Regierung, von der Gemeinde und leider auch die Gewerkschaftsführer!

Heraus zur Massendemonstration!

Für Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung um 30 Prozent an **alle** Arbeitslosen. — Für die Auszahlung der Unterstützung während der Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit! — Für die Erhöhung der Altersrente auf die Höhe der Arbeitslosenunterstützung! — Für die Forderungen der Arbeitslosen an die Gemeinde, besonders für eine sofortige weitere Brennstoffausgabe durch Land und Gemeinden.

Arbeiter vom Betrieb!

Unterstützt den Kampf der Arbeitslosen.

Erscheint in Massen am **Samstag, den 2. Februar, 4 Uhr nachm., am Freiheitsplatz.** (Redner Gen. Albert Pfneisl)

Von einem Jesuiten geschwängert und von den Franziskanern mit einem Schappel verlobt.

Eine Berufungsverhandlung vor dem Oberlandesgerichte in Graz brachte eine niederträchtige Handlungsweise eines Jesuitenpaters aus Wessendorf und der Franziskaner in Graz an den Tag.

Ein Jesuitenpater der Missionäre vom heiligen Herzen Jesu in Wessendorf lernte im Hause der streng katholischen Schwestern Liz deren 20-jährige Nichte Maria kennen, begann mit ihr ein Liebesverhältnis, das Folgen hatte. Als die Tanten von der Schwangerschaft Kenntnis bekamen, setzten sie sich mit dem Jesuitenpater zu einer Beratung zusammen, wie dem Sohne vom heiligen Herzen Jesu aus der Patsche zu helfen wäre. Es wurde beschlossen, einen Löpel ausfindig zu machen, der das Mädchen rasch zu heiraten hat. Als ein dementsprechend beschränkter Mann gefunden war, wurde das Mädchen

gezwungen, ihn zu heiraten. Mit den Franziskanern von Graz setzte sich der Jesuitenpater ins Einvernehmen, daß die Ehe ohne der dreimaligen Verkündung geschlossen werde. So geschah es auch. Die Franziskaner ließen ihren Bruder in Christo nicht in Stich und die Ehe wurde trotz des heftigsten Widerstandes des Opfers vom Pater Klemens Gold eingesehnet. Darauf gebar die Neuwermählte ein — eheliches Kind. Bald darauf ließ sich die zur Ehe gezwungene und von den Franziskanern verknuppelte Frau scheiden, erwarb eine Ehedispens und heiratete standesamtlich zum zweitenmale. Kurze Zeit darauf ging auch diese Dispensache auseinander. Die Gerichte beschäftigten sich mit dem Fall und nun erklärte das Oberlandesgericht beide Ehen als ungültig. Die erste

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Der neue „Zintsturz“ Stalins und die Krise in der Komintern.

K. L. Je mehr sich der thermidorianische Charakter des Stalinschen Regimes entwickelt, umso stärker wächst sein Bestreben, die Politik des Thermidors in Rußland durch ultralinke Phrasen in der Komintern zu maskieren. So war es am 5. Weltkongreß diesen Zweck diente die „Vollschwieriger-Romdie“ von 1925, so verhielt es sich mit der Lösung „Somjets“ für den 15. Juli in Wien und mit dem Putsch in Kanton am 1. Dezember 1927.

Im Zusammenhang mit der Verschärfung der Krise in der deutschen Partei, hielt Stalin im Präsidium des Ekki eine Rede gegen die deutschen Rechte, (Brandler, Thalheimer usw.), die in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll ist. In der Polemik gegen den Schweizer Genossen Humbert Droz und den italienischen Genossen Serra, kommt Stalin zu dem Resultat, daß die nichtorganisierten Arbeiter revolutionärer sind, als die organisierten. „Kann es

„Dann überhaupt anders sein?“ fragt Stalin und lobt das deutsche J. R., weil es im Ruhrkampf bekanntlich verstanden hat, die richtige Taktik, selbständige Kampfleitungen zu schaffen, so anzuwenden, daß einflußlose Kampfleitungen ausschließlich der Unorganisierten geschaffen wurden, während die Massen der organisierten Arbeiterschaft dem Einfluß des Reformismus überlassen werden.

Eine solche abenteuerliche Taktik hat nichts zu tun mit kommunistischer Politik. Sie ist der Ausfluß kleinbürgerlicher Verzweiflungsstimmungen in der deutschen Partei. Ausdruck des Unglaubens an die Eroberung der Massen, die heute noch dem Reformismus Gefolgschaft leisten. Warum Stalin diese „neue Taktik“ anpreist, das haben wir ja bereits gesagt.

Auf keinem Gebiete leben wir so deutlich den Vankrott der schwankenden, „risikofreudigen und liquidatorischen“ Politik des Stalinismus, wie gerade in der Gewerkschaftsfrage. Soweit eigene Gewerkschaften bestehen, wie in Frankreich und der Tschechoslowakei, vermeiden diese, da sie sich in nichts wesentlich von dem patentierten Reformismus unterscheiden, die großen, unorganisierten Massen des Proletariats nicht zu erfassen. Dort aber, wie in Deutschland, wo es darauf ankommt, in zähem, unermüdlichen Kleinkampf die Arbeiter an Hand ihrer eigenen Erfahrungen vom Verrat des Reformismus, vom bürgerlichen Charakter der S.-P.-Politik zu überzeugen, wird das Stalinische Liquidatorium die Klinte ins Korn, beraubt sich an wertlosen Augenblickserfolgen, um bald darauf in die Grundtöchterung und Passivität zurückzusinken. Bei uns in Österreich haben wir diesen Prozeß bereits hinter uns. Denn hier haben es die österreichischen Stalinisten soweit gebracht, daß sie in der Gewerkschafts- und Arbeitslosenbewegung überhaupt nicht mehr existieren und da in Österreich wirklich nur die rückständigsten Arbeiter unorganisiert sind, so können sie sich nicht einmal Augenblickserfolge nach deutschem Muster holen.

Soweit in der deutschen Komm. Partei die Brandler-Gruppe den Kampf gegen das abenteuerliche Jod-Jack der offiziellen Komintern-Politik aufnimmt, soweit sie sich gegen eine Taktik wehrt, die die Massen in den Gewerkschaften, statt sie zum Klassenbewußtsein zu erziehen, zum Gefangenensein des Reformismus macht, kämpfen die Genossen um Brandler einen kommunistischen Kampf gegen kleinbürgerliche Liquidatoren. Aber es hat den Anschein, als ob die deutschen Rechten selbst aus Furcht vor dem spalterischen Reformismus, in der Anwendung der revolutionären Gewerkschaftspolitik gelähmt werden.

Für uns, die sich seit 1922-1923 gegen die Politik der damaligen Sinowjew-Ära und ihrer deutschen Exponenten, Brandler und Thalheimer, auflehnten, die an der Seite der russischen Opposition 1923-1924 die neuauklosterierte Sinowjew-Politik in der Komintern und die beginnende Thermidor-Politik in Rußland bekämpft haben, ist bei den Genossen um Brandler eines entscheidend: Sie haben bis jetzt die Lehren von 1923 nicht gezogen, wehren sich krampfhaft dagegen, die internationalen Burgen der gegenwärtigen Kominternpolitik zu sehen und sie wollen, aus Opportunismus oder aus Blindheit, Charakter und Perspektive der Klassenkämpfe in Rußland nicht begreifen. Von ihrer Stellungnahme zu diesen Fragen, bzw. von ihrem dauernden Schweigen, wird die Einschätzung der Brandler-Gruppe abhängen müssen.

Ausgangspunkt der 1. Seite.

weil sie auf Erpressung aufgebaut war, die zweite, weil sie unter unrichtigen Voraussetzungen zustandekam. — Das ist ein Fall, der in die Öffentlichkeit kommt. Man frage die Bevölkerung in der Umgebung der Richter Vorau, Rein und wie sie alle heißen, die kann erzählen, daß diese pfäffischen Schweinereien überall gebräuchlich sind.

Heraus mit Trotzky und Genossen aus der Verbannung und den Gefängnissen!

Tausende Arbeiter in Wien und Prag schließen sich unserem Vortexte an.

Die unterzeichneten Großbetriebe und Mittelbetriebe, sowie proletarischen Organisationen haben folgendes Schreiben an die Sowjetregierung gesandt:

An die Sowjetregierung, Moskau.

Die unterzeichneten Betriebsräte, Faktorendirektoren, Vertrauensmänner haben mit steigender Unruhe Kenntnis von der Verschlechterung der Lage der deportierten oppositionellen Bolschewiki Trotzky, Kadel, Kalowski, Serebriakow, Muralow usw. bekommen. Sie haben erfahren, daß nach vierzigstägigem Hungerstreik Genosse Buloff, der Sekretär Trotzky's, im Gefängnis gestorben ist.

Dieses Schicksal der Führer der Oktoberrevolution erfüllt, über alle Parteigrenzen hinweg, das internationale revolutionäre Proletariat mit leidenschaftlicher Empörung. Die russische Revolution, die mit dem Sowjetstaat ein Bollwerk des internationalen Proletariates errichtete, wird durch die dauernde Verfolgung der erprobtesten Revolutionäre ihrer fähigsten Führer beraubt. Das internationale Proletariat, entschlossen mit allen Mitteln jeden kriegerischen Ueberfall auf den Sowjetstaat abzuwehren, erhebt seine Stimme dagegen, daß der Sowjetstaat seine eigene Macht politisch, militärisch und moralisch untergräbt, indem er die Mittel der Staatsgewalt

gegen die revolutionären Arbeiter und ihrer Führer, Trotzky und Genossen, anwendet.

Wir ersuchen die Sowjetregierung, unverzüglich den verhafteten oder deportierten Bolschewiki ihre volle Freiheit zurückzugeben und den unerhörten Zustand zu beenden, daß oppositionelle bolschewistische Arbeiter vom Betrieb weg wegen ihres unerschrockenen Eintretens für die Interessen der Arbeiterschaft verhaftet und verächtlich, zumindest aber hrolos gemacht und aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Mit proletarischen Grüßen

Betriebsrat der Jof. & Leop. Quitter A. G. Wien XXI (Großbetrieb), Betriebsräte: Egetative der Baugeellschaft „Grundstein“, Wien X, Betriebsrat der Elmag Motorenwerke und Schiffswerft, Linz, Werl, Piesing (Großbetrieb), Betriebsrat der Lampen- und Metallwarenfabrik R. Ditmar, Gebrüder Bränner A. G., Wien XI (Großbetrieb), Betriebsrat der Hahnbauerei Dreihörsig, Wien-Allmannerdorf (Großbetrieb), Betriebsrat der Branerlei Puntigam, Graz-Puntigam (Großbetrieb), Betriebsrat der Bräckenbauanstalt Wagner-Giró, Graz, Freidenker-Tagesversammlung, Ortgruppe II, Graz, Betriebsrat der Baufirma Rüppert, Graz, Betriebsrat der Baufirma Gerhart, Graz.

Pöfl.

Der Revolverjournalist, der korrupte Expreffer, der einen anständigen Journalisten niederknallte, wurde freigesprochen. Besser noch als im Schattendorfer Prozeß, spielte die Regie, die den Freispruch erzwang. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht in dieser bürgerlichen Republik: die Arbeiter sind freiwillig, die faschistischen Möderer laufen frei herum. Die hochgerühmte Pressefreiheit in Österreich ist zur Exprefferfreiheit der bürgerlichen Pressekanäle geworden. Herr Lipowitz, der Inhaber des „Wiener Journals“ darf ruhig weiter die Pöffel's beschäftigen, die Pöffel's dürfen weiter die anständigen Journalisten, die sich, obgleich bürgerliche Journalisten, wie der ermordete Wolf, gegen die offenkundigen Korruptionsmethoden zur Wehr setzen, niederknallen. Wir aber werden, wenn wir den Arbeitern die Wahrheit sagen, als „Hochverräter“ eingesperrt und auch unsere Zeitung wird wegen „Aufreizung“ und „Hochverrat“ — konfisziert. Und all' das nennt man — bürgerliche Demokratie.

Stallen die tiefsten Löhne von Europa!

Die englische Zeitschrift „Ministry of Labour Gazette“ veröffentlicht eine Statistik der Löhne in den wichtigsten Ländern Europas sowie Nordamerika. Die Statistik weist nach, daß die Löhne in Italien die niedrigsten sind.

Die Forderungen der Arbeitslosen.

Zu den in der Nummer 4 des „Mahner“ veröffentlichten Arbeitslosenforderungen fügen wir folgende Stellungnahme bei:

Es sind dies durchwegs nur Reformforderungen zur Linderung des Elends, keine kommunistischen. Die Arbeitslosen müssen sich bewußt sein, daß die Bourgeoisie selbst diesen Notmaßnahmen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen wird, die nicht im Parlament, sondern nur außerhalb desselben erkämpft werden können. Ferner müssen sich die Arbeitslosen im klaren sein, daß selbst die Erzwingung dieser Forderungen nur eine vorübergehende Linderung bedeuten würde, solange die politischen Machtverhält-

nisse nicht zu Gunsten der Arbeiterschaft geändert sind. Denn solange der Machtapparat in den Händen der Bourgeoisie ist, wird sie alle Zugeständnisse durch Steuerraub, künstliche Lebensverwertung usw. wieder zu nichte machen. Daraus folgt, daß nur der Sturz der heutigen Gesellschaftsordnung und die Errichtung der proletarischen Diktatur die Frage über Arbeit und Brot erfolgreich lösen kann.

Der Druckfertiger geht um!

Der Druckfertiger, der ein häßiger, zubringlicher Gast in der Druckerei des „Mahner“ ist, hat uns in der letzten Nummer besonders böß mitgespielt. In dem Artikel „Wohler geht der Kampf“ heißt es bei der ersten Arbeitslosenforderung: **lebensmäßigen** — lebenslänglichen Verdienst, was klarer Weise ein Unfug ist. Im Artikel „Das Weltbild des Außerparlamentarismus“ ist der Schlußsatz vom Druckfertiger, der sympathisch mit der Sozialdemokratie sympathisiert, einfach unterschlagen worden. Dieser Schlußsatz lautet: „Die Wirklichkeit, die in den 10 Jahren seit 1918 über Träume und Bäume des Reformismus zur Tagesordnung geschrieben ist, wird auch die neuen reaktionären Theorien des Reformismus zerlegen.“

Bei der Bundesbahn droht Waffenabbau.

Der neue Generaldirektor der Bundesbahn, der an Stelle des personalfreundlicheren Maschat getreten ist, plant, unbedürftig zu den aufreißenden Diensten die Eisenbahner zu versehen haben, 12.000 von ihnen abzubauen. Wenn die Eisenbahner nicht imstande sind, den Anschlag abzuwehren, dann ist mit größerer Verkehrsunicherheit und Unglücksfällen bei der Bahn zu rechnen.

Unter der Diktatur Primo de Rivera.

Streikenden Arbeitern der Internationalen Ausstellung in Barcelona wurde mit Verschöpfung zur Zwangsarbeit gedroht, wenn sie die Arbeit nicht aufnehmen.

Parteilgenossen! Leser des „Mahner“!

Ensfaltet unter den Arbeitslosen die rechte Auffassung für die Demonstration! Überzeugt sie, daß nur durch den gemeinsamen Kampf aller die Herrschenden gezwungen werden können, Linderungsmaßnahmen durchzuführen!

An die Arbeitslosen.

Die Demonstration am 2. Februar stellt alle Genossen, die ernst und ehrlich für die Interessen der Arbeitslosen kämpfen, vor große Aufgaben. Wir wissen, daß es genügend Kräfte gibt, die mit allen Mitteln bestrebt sind, die Arbeitslosen vom Kampf abzuhalten, sie zu verwirren und Kleinmut in ihre Reihen zu tragen. Mußten wir doch sehen, wie in der Arbeitslosenversammlung in den Juliusfälen selbst Mitglieder des Arbeitslosenausschusses, wie der samose Naßl, gegen uns bösliche Ausfälle machten. Genosse Pfeiffel hat darauf den sofortigen Ausschluß Naßls aus dem Arbeitslosenausschuss gefordert. Naßls Parteifreunde Kaufmann und Weller waren selbst für seine Entfernung. Als sich Naßl weigerte zu gehen, drangen wir konsequent auf seine Ausstoßung, denn wir brauchen nur ehrliche, kampfgewillte Genossen, gleichgültig, ob sie Kommunisten, Sozialdemokraten oder Parteiloze sind. Aber keine Misshörer, Eigenbrödlar und Phrasendrescher. Auf das hin mußte Naßl vom Komitee gehen. Mit dem Beihammel gingen auch die Schöfgen mit. Aber das Flugblatt, das Naßl aufstellte, auch nur ein Wort zu sprechen, ist überflüssig. Darüber haben die Arbeitslosen geurteilt. Das gereinigte und ergänzte Komitee setzt sich nun zusammen aus: Oppositionellen Kommunisten, Sozialdemokraten und Parteilozen.

Auf zum 2. Februar 1929.

Ehrene Tritte,
Wichtige Schritte,
Dröhnen durch Straßen,
Überall
Gendquäl
In marschierenden
Maffen.

Vor! Bruder, vor!
Sei kein Tor,
Marschiere mit!
Einst kommt der Tag,
Da keiner darben mag,
Dann machen wir quitt.

Aufreißende Not,
Sehnsucht nach Brot,
Gibt — Melodie.
Ins gigantische Drausen,
Mißt sich das Graufen
Der Bourgeoisie.

Inzwischen Vorposten-
gefecht
Für unser Recht, Rebellion!
Daß Misshörer raten
Wir wollen Laten,
Heraus zur Demonstration!

E. R.

Stürzer und die Faschisten.

Als am 10. Jänner in den „Sternfälen“ die Arbeitslosen die Faschistenversammlung durch die Besetzung des Saales unmöglich machten, als erbitterte Proleten die Falentkreuzler bei den „Drei Haden“ vertrieben, hat die Polizei unter dem Kommando des Oberkommissär Hugo Stürzer bewiesen, wie sehr sie am Aufkommen der Faschisten interessiert ist. „Ich lasse das Lokal räumen, Frau Wirtin“, bot sich Stürzer an. Diese lehnte ab. „Sie müssen den Herren Nationalsozialisten den Saal geben, wenn Sie schon zugefagt haben“, drohte er. Umsonst. „Ich werde alles alles aufbieten, damit den Herren Nationalsozialisten die Versammlung nicht gestört wird“, drang Stürzer fort. Als die Nachricht kam, daß Falentkreuzler verprügelt wurden, rühte er aus. Gummiknäuel wurden locker gemacht und Stürzer schrie: „Schlagen, schlagen, vom Knüttel Gebrauch machen. Einsperren, schlagen, schlagen!“ Bauarbeiter Stromer wurde ohne Grund verhaftet. „Schließen, fesseln, beim geringsten Fluchtversuch von der Waffe Gebrauch machen“, schrie Stürzer wieder. Zu deutlich hat sich die Polizei für die Faschisten eingesetzt. Vor Liebe wurden sie trotzdem nicht bewahrt. Das muß bitter sein — für Hugo.

Unsere Lenin-Stiebnecht-Luzemburg-Rundgebung.

Die Propaganda für die Rundgebung im Gasthose „Braunen Löwen“ war infolge der beschränkten finanziellen Mitteln gering. Trotzdem waren 120 Arbeiter und Arbeiterinnen gekommen, die aufmerksam den Ausführungen des Gen. Landau folgten. Der Arbeiter selbstschutz, der mit 50 Mann aufmarschierte, gewann wieder neue Kämpfer.

Farbenfabrik Reininghaus.

Die Farbenfabrik Reininghaus in Östting unter Leitung des Direktor Labinger ist ein Musterbetrieb. Die maschinellen Einrichtungen sind am Fund. Die Entstaubungsanlagen funktionieren kaum, die meiste Zeit ist der Betrieb in eine Staubwolke gehüllt. Die gesundheitsgefährlichen Gefahren, die solche Betriebe ohnehin für die Arbeiter bergen, sind dadurch noch bedeutend größer. Ebenso ist das Heißlaufen von Lagern bis zur Blähige keine Seltenheit. Der Betrieb wird nach dem Grundsatz „nur kleine Auslagen“, geleitet. Als Wertführer funktioniert ein Tagelöhner aus der Ischschoslovakei. Jedesmal, wenn der Betrieb vollends am Fund ist, daß man nicht mehr weiter kann, wird von Deutschland ein Wertmeister hergefordert und man verspricht ihm die Anstellung. Ist der Betrieb soweit flott gemacht, daß Aussicht besteht weiterzujagen zu können, so findet Direktor Labinger, daß er eigentlich gar keinen Wertmeister mehr braucht und stellt einen billigen Tagelöhner an dessen Stelle. Dies ist eine der Methoden des Direktors Labinger. Die Arbeiterlöhne in diesem Betriebe bewegen sich auf der untersten Stufe gleichartiger Betriebe und sind um 30 Prozent hinter dem Wiener Vertrag zurück. Insofern in diesem Betriebe gelernte Arbeiter beschäftigt sind, erhalten diese nur Hilfsarbeiterlöhne, denn Direktor Labinger vertritt den Grundsatz, daß das Können des gelehrten Arbeiters sich

ohnehin dadurch bezahlt mache, daß dieser für die selbe Arbeit viel weniger Kraftaufwendung bedarf als ein Ungelernter. Man sieht, Direktor Labinger ist originell und klug, sobald es sich um Erhöhung der Schandlöhne handelt. Natürlich ist Direktor Labinger auch sonst gegenüber den Arbeitern des Betriebes das „Wohlmollen“ selbst. Gehen Arbeiter zum Arzt, so müssen diese die veräumte Zeit wieder einarbeiten. Neuerdings verlangt Direktor Labinger, daß die Arbeiter auch auf das Entgelt verzichten und bedroht sie mit der Entlassung. Die Farbenfabrik Reininghaus scheint also unter Direktor Labinger eigene Gesetze zu beanspruchen. Merkwürdig erscheint uns auch, daß sobald dieser Betrieb durch die Gewerbebehörde kontrolliert wird, Arbeiten, die eine starke Staubentwicklung verursachen, wie z. B. das Vorbereiten des Materiales, immer eingestellt werden. Dies läßt darauf schließen, daß die Betriebsleitung von der Gewerbebehörde verständigt wird. Wer Einsicht in solcherart geleitete Betriebe gewinnt, wird auch sofort einsehen, warum die österreichische Industrie der Konkurrenz des Auslandes nicht gewachsen ist. Es sind nicht die sozialen Lasten, wie die Unternehmer zu schreien pflegen, denn diese werden mehr als ausgleichlich durch die niederen Löhne, sondern es ist die Unfähigkeit von Direktoren, die hohe Gehälter beziehen, aber unfähig sind einen Betrieb zu leiten. (Arbeiterbrief.)

Schändliche Entscheidungen der Industr. Bezirkskommission Graz.

Ein Familienvater in Sostetten, der für drei kleine Kinder im Alter von 6, 4 und 3 Jahren zu sorgen hat, meldete sich Ende des vorigen Jahres zum Bezug der Unterstüfung an. Bis einer in der Provinz die Unterstüfung bekommt, kann er und seine Familie verhungern. So war es auch in dem Fall. Die Schulden beim Greißler und für die Miete wurden immer größer, die Lage immer verzweiflungsvoller. Der Arbeitslose schnürte sein Bündel, borgte noch ein Geld aus, und reiste ab, um wo anders Arbeit zu suchen. Für zwei Monat fand er eine. Nach der Entlassung zurückkehrend, suchte er wieder um die Unterstüfung an. Die Industrielle Bezirkskommission, in der auch die Sozialdemokraten sitzen, antwortete darauf:

„Der Bezug der Arbeitslosen-Unterstützung wird abgelehnt, da die geforderte Kostlage nicht gegeben ist, weil Sie abgereist sind“.

Der Bescheid trägt Grundnummer 3529.

Schiedskommission oder Selbstmordkommission?

Der Arbeitslose M. St., Gr. Nr. 29.468, wurde die Notstandsaulhilfe auch 8 Wochen wegen „Verweigerung“ einer zugewiesenen Arbeit eingestellt. Die Genannte stellte beim Arbeitgeber, einem Bäckereibesitzer, das Ersuchen, statt wochentags sonntags Ausgang zu erhalten, da sie ihr 4-jähriges Kind, das unter der Woche in einem Kinderhort in Pflege ist, Sonntags selbst betreuen muß. Die wohlbeleibten Herren in der Schiedskommission prüften aber auf solche berechtigten Begründungen und entzogen der Arbeitslosen unbarmherzig auf 8 Wochen das Brot. Sie treiben also, wie schon öfters, die Arbeitslosen zum Selbstmord. Genannte hatte auch aus Verweigerung nur kurzem einen Selbstmordversuch begangen. Beteiligt an dieser Schandentscheidung war als „Arbeitervertreter“ der Sekretär Weiß.

Arbeitslose, ihr habt alle Ursache, Samstag, den 2. Februar, gegen diese Zustände zu demonstrieren. Kommt vollzählig Männer, Frauen und Jugendliche!

Die Leistungen der Gemeinde Graz für die Arbeitslosen.

Die Sozialdemokraten lassen in der Interessenvertretung der Arbeiter immer mehr nach. Ein stauwürdiger Beweis sind die geringen Zuwendungen, welche die Gemeinde Graz — in der die Sozialdemokraten die stärkste Fraktion sind — für die Arbeitslosen im Jahre 1929 plant. Sie hat in ihrem Budget eingestellt: 11.000 Schilling für Barunterstüfung, n an Arbeitslose, die keine Arbeitslosengebühr bekommen, 15.000 Schilling für die altersschwachen Arbeitslosen und 5000 Schilling für die Lebensmittelpakete an Kinder unter 3 Jahren, 60.000 S für die Auspeisung der Kinder und Jugendlichen, 4500 Schilling für die Osterbrotaktion und 15.000 Schilling für die Beteiligung mit Rohle. Das macht insgesamt einen Betrag von 110.500 Schilling. Wie wenig das ist, daß kann an folgendem ermesselt werden:

Die Funktionsgebühren für den Bürgermeister, für die 3 Bürgermeisterstellvertreter, für die 5 Stadträte und für 6 gemeinde-

rätliche Wirtschaftsführer betragen 103.000 Schilling im Jahr.

Im April werden Neuwahlen sein. Arbeitslose merkt euch diese Ziffern.

Ein Arbeitsloser.

Steinindustrie Grein.

Entlassung oder Akkordschufterei.

Akkordarbeit ist Mordarbeit. Die Erfahrung hat das gelehrt. Tausende Arbeitslose stehen auf der Straße. Umsonweniger Ursache haben die Arbeiter Akkord zu schützen. Bei Grein ist noch dazu ein wider Akkordvertrag, der das Ergebnis zeitigt, daß die Arbeiter in 14 Tagen nur auf einen Uberschuß von 15 bis 20 Schilling durch den Akkord kommen. Der geht zum größten Teil auf Materialkosten auf. Eine Ausnahme ist nur bei einigen Arbeitern zu verzeichnen, die schöne Arbeit haben. Die Grein-Proleten sind deshalb keine großen Akkordfreunde. Das nahm der Unternehmer zum Anlaß, ihnen vorzuwerfen, daß sie faul sind und das es eine Schande sei, im Winter die Arbeit hinauszuziehen. Grein äußerte sich auch, wurde jeden, der keinen Akkordüberschuß verdient

entlassen. Diesen unerschröckten Zwang müssen sich die Arbeiter mit dem Betriebsrat zur Wehr setzen. Eine Betriebsversammlung muß stattfinden, damit die Arbeiter sich beraten und einheitslich entgegen treten können. Die Gewerkschaft ist von der Schachtmacherei fern in Kenntnis zu setzen. Übrigens weiß sie vom wilden Nordvertrag?

Kaserhofmanieren eines Tramwaybeamten.

Ein Metallarbeiter berichtet uns: Als ich Freitag auf dem Wege zur Arbeit über dem Jakominiplatz ging, wurde ich auf das brutale und schreiende Benehmen eines Tramwaybeamten gegenüber eines Tramwaybediensteten aufmerksam, der seinen Untergebenen mit den liebevollen Worten: „Sie sauler Herr des öfteren beitelte. Von einen vorübergehenden Arbeiter, auf das brutale Benehmen zur Rede gestellt, schüttelte dieser Straßener Gardist in seiner Mißwagerl-Ehre gekränkt und schrie: „das geht Sie einen Dreck an. Der Arbeiter sah es unter seiner Ehre, sich mit einem solchen Lämmel weiter einzulassen, ging seines Weges und erkundigte sich bei dem Tramwaybediensteten, wer dieser Herr eigentlich sei. „Ledernig“, bekam er zur Antwort. Der Spiritistengimpel, Klopffischerbeamte, Spinnmaier usw. Herr Ledernig, wir wä'n, seien Sie in Zukunft mit ihren Schimpfnahmen ausbleiben vorläufig, sonst könnte sich einmal an Stelle des spiritistischen Geistes der Klopffischer in Gestalt einer Arbeiterkauf melden.

Die arbeitslosen Frauen in Wien rühren sich.

In der letzten Woche fanden in Wien zwei Versammlungen der arbeitslosen Frauen statt. In der ersten Versammlung, die der arbeitslosen Angehörigen, erschienen mehr als hundert Frauen und hörten mit großer Aufmerksamkeit die Ausführungen des Referenten G. Landau. Einstimmig begrüßten sie die bekannten Forderungen des 13er-Ausschusses, die wir in der letzten Nummer des „Mahnruf“ veröffentlicht haben. Nach den Ausführungen der Genossin Suskleb, die unter anderem die Schikanen der Kontrolloren

Im grauen Haus

Jakominigasse 73.

„Ich warne Sie — hier ist noch keiner besser geworden, leider fast immer nur schlechter“, sagt der Oberdirektor Haus zu jedem Zuwachs in selbstamer Ehrlichkeit. Wozu dann Straßhäuser? Das Bürgertum, dessen Gesetze überschritten werden, fordert Vergeltung.

Geiz wurde kanalisiert. Das Hasssystem war eine ständige Seuchengefahr. Die Rücksicht auf das eigene Wohl hat das Bürgertum zu dieser Reform veranlaßt. Im Straßhaus sind die offenen Abortlöcher in den Zellen gelassen. Hier kann die Seuchengefahr bleiben. Das Bürgertum ist vor ihr durch dicke Mauern geschützt.

Der Herr Justizminister sagt: „Wir haben ein schwaches Essen in den Straßhäusern. Sehr fettreich!“ Ja, Wärmer und Naden und Schnecken in Fülle im Salat. Die Sträflingslätze verwendet im 19 für 300 bis 400 Gefangene 2 bis 3 kg Fett!

Und rein ist es im grauen Haus! Die Strohsäcke, die Bettgestelle, alles wimmelt voll Wanzen. Die Verwaltung hätte besser getan, wenn sie die 1000 Schilling, die der Strahlentrang elektrischer Birnen um das Kreuz in der Sträflingskirche gelöst hat, zur Reinigung ordentlich hätte. Dem Herrgott elektrische Strahlentränge winden und die Häflinge von Wanzen aufressen lassen, das ist nicht christlich.

Der Anstaltspfarrer Bowersky schickt als Dichter schöne lyrische Ergüsse in die Welt. In der Sträflingskirche geht sein lauernder Mhd durch die Gefangenen. Erwischt er einen Unaufmerksamen, dann wandert dieser vom Gotteshaus in den Keller. So groß ist der Herr in seiner Güte.

Erklärung an den 6. Weltkongreß der Kommintern.

Von Leo Trozky.

(10. Fortsetzung.)

Wir wiederholen, daß wir nicht einmal den Schatten der Verantwortung für jene tragen können, welche der Auffassung sind, daß der offenbare Prozeß des Herabgleitens der Führung der K.P.P. und der Komintern von der Klassenlinie in den letzten Jahren bereits beendet ist, und darum direkt oder indirekt diesen Organisationen den Rücken kehren. Damit lehnen wir auch jede Verantwortung ab für eine Auffstellung paralleler Oppositionskandidaturen, die wir bereits früher schon verurteilt haben und in meinem bekannten Briefe nach dem Auslande ebenfalls ablehnten. Da dieser Brief in der „Prawda“ vom 15. Januar 1928 veröffentlicht worden ist, ist die Aufrechterhaltung der Behauptung, daß ich mich mit der Politik der parallelen Oppositionskandidaturen solidarisiere, nur einer jener zahlreichen Versuche, die eigene Partei zu betrügen und damit die Anwendung der Repressalien einigermaßen zu beschönigen.

Wir bauen alle unsere Berechnungen darauf auf, daß innerhalb der K.P.P., der Komintern, der U.S.S.R. noch ungeheure revolutionäre Kräfte vorhanden sind, die nur durch falsche Führung und das drückende Regime niedergehalten werden, die aber vollkommen fähig sind unter der Einwirkung der Erfahrungen der Kritik und des Klassenkampfes in der ganzen Welt, die Linie der Führung zu berichtigen und einen wirklichen proletarischen Kurs zu gewährleisten. Die gegenwärtigen Versuche der Führung, den Folgen ihrer eigenen Politik auf dem linken und nicht auf dem rechten Wege zu entfliehen, werden teilweise unter der Benützung oppositioneller Ideen und Pa-

brandmarke, melden sich einige Kolleginnen zur aktiven Mitarbeit.

Die Versammlung der arbeitslosen Hilfsarbeiterinnen war gleichfalls gut besucht. In dieser Versammlung referierte neben Genossen Landau die Genossin Taelz; sie befaßte sich mit der Lage der arbeitslosen Hilfsarbeiterinnen, die besonders unter den neugeschlichen Willkürakten der Beamten zu leiden haben. Auch diese Versammlung zeigte die Kampfsentschlossenheit der arbeitslosen Frauen.

„Ich brauche nur den Titel und den Namen meines Mannes zu nennen.“

Die Häuserschleberin Winkler aus der Schmölzergasse 4 äußerte sich einmal: „Ich fürchte mich vor keinem Prozeß, ich brauche nur den Titel und den Namen meines Mannes zu nennen, das genügt.“ Er ist Oekonomierat bei der Landesregierung. Am 17. d. M. sahen wir sie vor Gericht. Sie führte eine Ehrenbeleidigungsklage vor dem Strafungsseminar. Vorstz Dr. Spanner. Der Inhalt ist Nebensache. Auffallend war die Parteilichkeit des Richters für die Häusermutterin und gegen den Angeklagten. Ausgesagt, die den Angeklagten entlastet hätten, wurden unterdrückt. Die Aussagen der Häusermutterin wurden vom Vorstzenden so gemodelt, daß sie eine Belastung des Angeklagten ergeben mußten. Die Verhandlung zeigte klar den Klassencharakter der Justiz. Der Angeklagte, der in der ersten Verhandlung zu 5 S verurteilt war, wurde zu 50 S verurteilt. Ja, der Titel und der Name des Gatten der Hausmutterin zog bei Dr. Spanner.

Aus der Internationale. Amerika.

Die junge amerikanische Opposition, von der wir bereits öfters berichteten, entwickelt sich rasch zu einem einflussreichen Faktor in der amerikanischen kommuna. Bewegung. In Minneapolis wurden 13 Funktionäre, weil sie offen für die Opposition eintreten, ausgeschlossen. Dergleichen 2 fahrende Genossen in Kansas-City. In Philadelphia

rolen unternommen. Das geschieht unter dem Druck des vorläufig noch nicht festgeformten proletarischen Parteikerns und das liefert den Beweis für die Richtigkeit unserer allgemeinen Bemerkungen und unserer Berechnungen. Wir werden mit allen Kräften daran arbeiten, daß die inneren Kräfte der Partei und der Klasse, bei minimalster Erschütterung der K.P.P., des Arbeiterklasses und der Internationale, zu einer Zurechtbiegung der politischen Linie gelangen können. Wir weisen es zurück, daß man unsere Erklärung über die Einstellung des Fraktionskampfes als unehrlich bezeichnet. Diese Erklärung hätte von seiten der Mehrheit wenigstens ein Minimum guten Willens vorausgesetzt, der es ermöglichen sollte, unsere Anschauungen innerhalb der Partei mit solchen normalen Methoden zu vertreten, wie sie durch die vorangehende Geschichte unserer Partei herausgearbeitet worden sind. Die bürokratische Allmächtigkeit des Parteiapparates hat stets die Möglichkeit in der Hand, im Kampfe um ihre Unverletzlichkeit und Unabsehbarkeit vor den Parteimitgliedern, alle Wege — außer dem fraktionellen — hermetisch zu verschließen. In unserer Erklärung über die Bereitschaft, auf die fraktionellen Methoden zu verzichten, haben wir stets den Hinweis auf die Lehre Lenins von der proletarischen Partei und den grundsätzlichen Bedingungen ihres Bestehens hinzugefügt. Wir wiesen insbesondere auf die Resolution vom 6. Dezember 1923 hin, in der es heißt, daß der **Parteilichismus die besten Parteimitglieder auf den abgeschlossenen fraktionellen Weg drängt.** (Fortsetzung folgt.)

wurden aus dem gleichen Grunde 3 Jugendfunktionäre ausgeschlossen. In New-York wurde Gen. Mallin, einer der Vorkämpfer der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, aus demselben Grunde ausgeschlossen.

Kanada.

Der Vorstzende der kommuna. Partei Kanadas, Maurice Spector, ebenso wie der ausgeschlossene amerikanische Genosse Cannon, Mitglied der Exekutive der Komintern, gewählt am 6. Weltkongreß (August 1928), haben sich offen zur russischen Opposition bekannt und wurden deshalb aus der Partei ausgeschlossen.

Professor: „Was verstehen wir unter leerem Raum?“

Hakenkreuzstudent (stotternd): — — „Mir, mir — — fällt's gerade nicht ein, aber ich hab's im Kopf.“

Ein Niefenferer scherte zum großen Teil das Griechenviertel in Stambul ein.

Von einer Flugmaschine, die zur Kollandung gezwungen war, wurde einem Feldarbeiter in Sidney der Kopf abgerissen.

Beim Schiffschlaufen auf der Rhine in Judenburg brachen die drei Schüler Hans Jantor, Norbert und Karl Rally ein. Die beiden ersteren wurden von ihren Spielkameraden gerettet, Karl Rally ertrank.

Alle kroatischen Parteien wurden aufgelöst. Ihr Verordnen wurde beschlagnahmt.

Reichsbar Grabsund. In Jerusalem wurde die Grabstätte der Liebhabergfrau des Königs Salomon entdeckt. Die Mumie lag in einem mit Edelsteinen verzierten Goldsarg.

Für Kriegserklärungen wurde in England der Bau neuer Kriegsschiffe im Werte von zwei Milliarden Schilling beschlossen.

Parteiengenossen und Genossinnen!

Dienstag den 29. Jänner, halb 8 Uhr abends, in Parteifolk kommen! Kurze Rede über die Durchführung und Vorbereitung der Demonstration am 2. Februar.

Parteimitgliedbeiträge

Sind ab 1. Jänner bei den Kassieren selbst einzuzahlen oder bei den Mitgliederversammlungen. Nicht im Rückstand bleiben, phaktisch die Beitragspflicht erfüllen!